

Replik zu den Artikeln von Markus Somm und Andreas Aste zur Energiestrategie, BaZ vom 6. 5. und vom 9. 5. 2017

Der Nutzen ist evident

Von David Wüest-Rudin,
Katja Christ und Aeneas Wanner

Letzten Samstag und Dienstag haben sich Herr Somm und Herr Aste in dieser Zeitung zur Energiestrategie geäussert. Gerne kontern wir hier die Argumente, es sind auch falsche Behauptungen klarzustellen.

Herr Somm suggeriert, man werde mit der Energiestrategie den heutigen Energiemarkt gegen die Planwirtschaft eintauschen. Nur, heute haben wir in der Energiebranche gar keinen Markt. Gerade die Strombranche ist mit ihren Monopolen stark reguliert und alles andere als marktwirtschaftlich orientiert. Die von beiden Autoren hochgelobte Atomwirtschaft ist ein Vernichter von Volksvermögen und wird den Steuerzahler für Entsorgung und Verschrottung noch Milliarden kosten, die heute nicht im Strompreis enthalten sind.

Atomkraftwerke – das ist Fiktion

Mit der Energiestrategie werden wir nicht den Markt bekommen, aber die Chancen auf den Markt erhöhen sich, wenn die wenigen staatlich beherrschten Monopolisten durch Hunderttausende Kleinproduzenten mit Solarpanel auf dem Dach ergänzt werden.

Die zentrale Frage ist: Unsere Atomkraftwerke sind uralt und laufen nicht ewig. Wie wollen die Gegner der Energiestrategie die Stromzukunft sichern? Mit neuen Atomkraftwerken, sagen die Herren Somm und Aste. Das ist Fiktion. Es wird sich niemals ein privater Investor finden, der auch nur einen Rappen in ein neues Atomkraftwerk investieren wird ohne Subvention beziehungsweise ohne staatlichen Abnahmeharfen.

Fakt ist: Die Gegner der Energiestrategie 2050 haben schlicht keinen Plan.

Das neue AKW Hinkley Point in England zum Beispiel kann nur gebaut werden, weil über 30 Jahre mehr als 100 Milliarden Pfund Staats-subventionen zugesichert sind! Genauso hoch subventioniert sind die von Herrn Aste genannten AKW in China oder Indien und anderswo. Nicht eben Referenzländer übrigens, dort ist die Atombombe ein wichtiger Faktor für den AKW-Bau.

Was ist also die Alternative? Öl, Gas, Kohle? Fakt ist: Die Gegner der

Energiestrategie 2050 haben schlicht keinen Plan. Und da erzählt uns Markus Somm etwas von neuen, sicheren Atomtechnologien. Niemand wisse ja, ob diese bis in 33 Jahren nicht erfunden würden. Er hat recht, das weiss heute tatsächlich niemand. Aber was wir heute wissen: Erneuerbare Energien sind einfach, sicher, unerschöpflich, zahlbar und günstiger als Atomkraft. Wer will auf eine Träumerei von der neuen AKW-Generation setzen statt auf das, was wir hier und heute sicher wissen und haben?

Und zudem wird dies mehr und mehr rentabel: Gerade der Solarmarkt explodiert weltweit, die Preise sinken, abgeschriebene Solar- und Windanlagen liefern selbst bei tiefen Strompreisen noch immer Gewinn. Voraussetzung für den Ausbau der Erneuerbaren sind intelligente Netze. In die wird mit der Energiestrategie 2050 investiert. Ein Schub in Forschung und Innovation wird folgen, die Schweiz wird wirtschaftlich gestärkt. Darum stehen auch Firmen wie ABB hinter der Energiestrategie.

Mit der Energiestrategie 2050 schieben wir also die erneuerbaren Energien an und verhelfen ihnen zum Durchbruch. Es war einmal Somms FDP, welche mit Wucht und Überzeu-

gung vor gut hundert Jahren mit staatlichen Investitionen das heute so wichtige Schweizerische Eisenbahnnetz aufgebaut hat. Wäre man damals den Herren Somm und Aste gefolgt, man hätte das Netz nie gebaut. Man hätte argumentiert, dass man ja nicht wisse, ob sich die Eisenbahn in dreissig Jahren durchsetze – und man wäre bei der Kutsche geblieben ... Genauso brauchen wir heute eine Investition mit einer langfristigen Strategie im Energiebereich.

Maximal hundert Franken

Was wird das kosten? Hier vergreifen sich Somm und Aste in ihren Artikeln mit der Zahl 200 Milliarden vollkommen. Gerade kürzlich hat der Direktor für Wirtschaft und Ökologie an der Universität St. Gallen, Rolf Wüstenhagen, einer der renommiertesten Energieexperten im deutschsprachigen Raum, öffentlich diese Zahl als «Unsinn!» bezeichnet. Die Zahl sei schlicht falsch, ihre Urheber lebten in einer «Traumwelt». Fakt ist: Laut neuester Studie wird die Zusatzbelastung pro Haushalt und Jahr für die Umstellung maximal etwa hundert Franken betragen. Der Bundesrat sprach sogar nur von vierzig Franken. Hundert Franken pro Jahr ist eine

Tasse Kaffee pro Woche – pro Haushalt. Dafür erhalten wir die Stromzukunft gesichert. Und das Geld generiert Wachstum, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in der Schweiz. Denn mit der heutigen Nutzung von Öl und Gas sind wir abhängig vom Ausland, von Leuten wie Putin. Ihm und dem arabisch-islamistischen Staatenblock schieben wir etwa zehn Milliarden jährlich in die Diktatorenkasse und wundern uns dann über die Flüchtlingsströme.

Der wegweisende, langfristige grosse Nutzen der Energiestrategie 2050 ist evident. Darum sind auch alle Parteien ausser der SVP dafür. Auch die Wirtschaft ist dafür: Der Schweizerische Gewerbeverband, viele Branchenverbände, die Wirtschaftskammer Baselland und die Handelskammer beider Basel – alle sind sie für eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung. Ein deutliches JA am 21. Mai ist das Gebot der Stunde.

David Wüest-Rudin ist Unternehmensberater und Grossrat (GLP, BS). Katja Christ ist Juristin, Grossrätin und Parteipräsidentin (GLP, BS). Aeneas Wanner ist Umwelt-Naturwissenschaftler, Energieexperte und ebenfalls Grossrat (GLP, BS).

Neuer Chef bei NDB-Aufsicht

Fritschi beim Nachrichtendienst

Bern. Thomas Fritschi leitet die neue unabhängige Aufsichtsbehörde über den Nachrichtendienst des Bundes (NDB). Der Bundesrat hat den 47-Jährigen gestern gewählt. Verteidigungsminister Guy Parmelin sagte vor den Medien, Fritschi bringe die richtige Einstellung und die nötigen Kenntnisse mit. Der Gewählte selbst stellte fest, er spüre die Erwartungen und sei sich der grossen Verantwortung bewusst. Zur aktuellen Spionageaffäre äusserte sich Fritschi nicht. Er sagte jedoch, es werde auch darum gehen, das Vertrauen in den Nachrichtendienst zu erhalten oder allenfalls herzustellen. Die Unabhängigkeit der Behörde werde er hoch halten.

Fritschi hat an der Universität Bern Rechtswissenschaft studiert und mit dem Examen als Fürsprecher abgeschlossen. Seit 2010 führt er das Amt für Justizvollzug des Kantons Solothurn. Gleichzeitig ist er seit einem Jahr Präsident der Konferenz der kantonalen Leiter Justizvollzug. Früher war Fritschi im Rechtsdienst des Generalstabes im VBS tätig gewesen. Nach einem Einsatz bei der Swisscoy in Kosovo arbeitete er in verschiedenen Funktionen für die Bundeskriminalpolizei im Bundesamt für Polizei, zuletzt als Abteilungschef Ermittlungen Staatsschutz und stellvertretender Geschäftsbereichsleiter Ermittlungen.

Fritschi wird seine Stelle am 1. August antreten und die Aufsichtsbehörde aufbauen. Der offizielle Amtsantritt erfolgt am 1. September. Dann tritt das neue Nachrichtendienstgesetz in Kraft. Über wie viele Stellen die Behörde verfügen wird, ist noch offen. Fritschi wird ein Budget vorlegen, über das das Parlament entscheidet. SDA



Kein Wort zur Spionageaffäre. Der 47-jährige Thomas Fritschi. Foto Keystone

Erblasser sollen über grösseren Anteil frei verfügen können

Bundesrat hält an Verkleinerung der Pflichtteile fest

Bern. Der Bundesrat will das mehr als hundert Jahre alte Erbrecht modernisieren. Angesichts der veränderten Formen von Familie und Partnerschaft soll der Erblasser freier über sein Vermögen verfügen können. Heute haben Kinder, Ehegatten oder eingetragene Partner sowie die Eltern einen gesetzlich geschützten Anspruch auf einen Anteil am Erbe. Ein Erblasser, der Kinder hinterlässt, kann beispielsweise nur ein Viertel seines Vermögens frei vererben. Bei einem überlebenden Ehegatten ist es die Hälfte.

Diese Pflichtteile will der Bundesrat verkleinern. In einer Vernehmlassungsvorlage schlug er vor, dass Kindern vom gesetzlichen Erbteil nur noch die Hälfte als Pflichtteil zustehen soll. Der Anspruch der Ehepartner soll auf einen Viertel reduziert, jener der Eltern ganz gestrichen werden. Dadurch könnte ein Erblasser über einen grösseren Teil seines Vermögens verfügen und beispielsweise den Konkubinatspartner oder Stiefkinder stärker begünstigen. Die Reduktion der Pflichtteile soll auch die Unternehmensnachfolge erleichtern,

da ein grösserer Teil des Vermögens einem einzigen Nachkommen hinterlassen werden kann.

Nottestament auf Smartphone

Wie der Bundesrat gestern mitteilte, sind diese Vorschläge in der Vernehmlassung grundsätzlich gut angekommen. Umstritten ist jedoch die Verkleinerung des Pflichtteils des überlebenden Ehegatten. Die Gegner, zu denen die SVP und Pro Familia gehören, befürchten etwa, dass die wirtschaftlich schwächere Person dadurch in die Armut getrieben werden könnte. Widerstand gibt es auch gegen die Streichung des Pflichtteils der Eltern. Der Bundesrat will die beiden Punkte daher noch einmal kritisch prüfen.

Während der Bundesrat in Sachen Pflichtteile die Stossrichtung beibehält, will er die eher technischen Vorschläge in eine separate Vorlage auslagern. Es handelt sich dabei um das Nottestament, das künftig auch mit dem Smartphone aufgezeichnet werden kann, um Vorschriften zur Herabsetzung oder des Informationsrecht der Erben. SDA

Vorläufig kein Gesetz gegen Fake News

Facebook, Twitter oder Youtube erhalten keine neuen Regeln

Bern. Nach Ansicht des Bundesrats braucht es keine neuen Regeln für Facebook, Twitter oder Youtube. Auf Fake News und andere Formen der politischen Manipulation hat er allerdings keine Antwort. Aufgrund der «insgesamt noch unübersichtlichen Lage» lässt der Bundesrat die Frage offen, ob es dafür eine staatliche Regulierung braucht. Momentan setzt er auf die Selbstregulierung der Branche und beobachtet die Entwicklungen, wie er in einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht schreibt.

Es handelt sich um eine erneute Lagebeurteilung nach dem 2013 veröffentlichten Bericht «Rechtliche Basis für Social Media». Fake News und Social Bots – Programme, die als echte Personen getarnt solche News generieren – waren damals noch kein Thema. Nun aber hat der Bundesrat die Manipulation der öffentlichen Meinung durch Falschinformation als Gefahr erkannt.

Traditionelle Massnahmen wie Verleumdungsklagen, Schritte gegen unlauteren Wettbewerb oder die Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten sind dagegen wenig hilfreich. Die Urheber sind nämlich oft gar nicht zu identi-

fizieren und noch seltener zur Rechenschaft zu ziehen. Die EU und einzelne europäische Länder haben daher gezielte Gegenmassnahmen beschlossen. So will etwa der EU-Rat russische Desinformationskampagnen richtigstellen. In Deutschland wird darüber diskutiert, Plattformbetreiber zur Löschung offensichtlicher Falschinformationen zu verpflichten. «Die Debatte über mögliche Schutzmassnahmen steht erst am Anfang», schreibt der Bundesrat. Vorerst sei es nicht angezeigt, zusätzliche Normen zu schaffen.

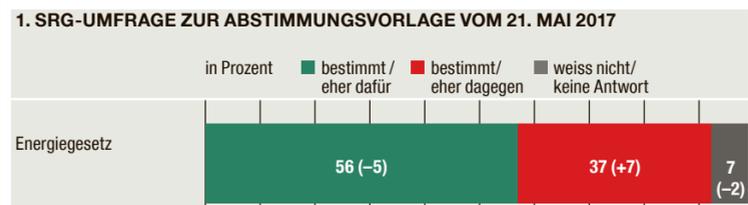
Sorgfältige Datenerhebung

Andere im Bericht von 2013 geordnete Gesetzeslücken glaubt der Bundesrat hingegen schliessen zu können. Die Sorgfaltspflichten bei der Datenerhebung beispielsweise sollen im Rahmen der Revision des Datenschutzgesetzes ausgebaut werden. Derzeit arbeitet das Justiz- und Polizeidepartement an einem Entwurf.

Das Innendepartement bereitet ein Gesetz vor, das einheitliche Regeln für die Alterskennzeichnung und Altersbeschränkung für Games und Videos bringen soll. SDA

Knappe Mehrheit für Energiestrategie

Der Vorsprung der Befürworter schmilzt



Das Rennen bleibt offen. Die Gegner legen seit der letzten Umfrage Ende April 2017 um sieben Prozent zu. Grafik Paul Graf/BaZ

Bern/Zürich. Elf Tage vor dem Urnengang liegen die Befürworter der Energiestrategie 2050 in Abstimmungs-umfragen noch immer vorne. Allerdings ist ihr Vorsprung geschmolzen. Das Rennen um das neue Energiegesetz bleibt bis am 21. Mai offen. Gemäss der dritten Onlineumfrage von Tamedia würden 53 Prozent Ja oder eher Ja stimmen, abgelehnt würde die Vorlage von 45 Prozent. Zwei Prozent haben sich noch nicht festgelegt. Damit gewannen die Gegner an Terrain. Vor zehn Tagen hatten sich noch 55 Prozent für das Energiegesetz ausgesprochen. 42 Prozent waren dagegen. In der ersten Umfrage war der Unterschied zwischen Ja- und Nein-Anteil noch etwas grösser.

Nun würden gemäss der gestern veröffentlichten Onlineumfrage von Tamedia 48 Prozent das Energiegesetz annehmen und fünf Prozent eher Ja stimmen. Nein würden 41 Prozent stimmen, eher Nein zwei Prozent. Auch laut der neusten Telefonumfrage von gfs Bern im Auftrag der SRG ist vor der Schlussmobilisierung ein Nein-Trend ersichtlich. Jedoch hätten die Befürworter mit 56 Prozent immer noch eine absolute Mehrheit. Wäre am 29. April abgestimmt worden, hätten 37 Prozent ein Nein in die Urne gelegt. Sieben Prozent wären unschlüssig gewesen.

Die grösste Verschiebung

In der SRG-Umfrage vor einem Monat waren noch 61 Prozent der Stimmberechtigten für das Energiegesetz und nur 30 Prozent bestimmt oder eher dagegen. Trotz dem Nein-Trend bleibt die Annahme des Gesetzes laut den Meinungsforschern die wahrscheinlichere Variante. «Entstanden ist zwischenzeitlich aber eine gewisse Verunsicherung.»

Der bisherige Abstimmungskampf habe in den Stimmabsichten der Partei-ungebundenen die grösste Verschiebung ausgelöst, schreiben die Politologen von gfs Bern. Die Zustimmungsbereitschaft verringerte sich um 23 Prozentpunkte; die Ablehnungstendenz

nahm um 24 Prozentpunkte zu. Am deutlichsten unterstützen Wählende der SP und der Grünen das neue Energiegesetz. Auch die CVP-Wähler sind mehrheitlich dafür. Der allgemeine Nein-Trend findet sich bei diesen drei Parteien nicht. Anders ist dies bei FDP-Sympathisanten. Sie bleiben zwar knapp im Ja-Lager, die Zustimmung geht hier aber zurück. Im Umfeld der SVP zeigt sich die ablehnende Haltung in der zweiten Umfrage verstärkt.

Angst vor teurerem Strom

Gemäss der Tamedia-Umfrage ist das Hauptargument der Befürworter weiterhin, dass die Zukunft erneuerbaren Energien gehört und das Klima geschont werden soll. Mehr als drei von fünf Befragten äusserten sich in diesem Sinn. 15 Prozent argumentierten mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Auf der Seite der Gegner stören sich gemäss der Umfrage 31 Prozent der Befragten daran, dass das Gesetz die bewährte und sichere Energieversorgung der Schweiz zerstöre. Fast ein Viertel argumentierte, dass der Staat mit drastischen Massnahmen dazu zwingen, den Energieverbrauch praktisch zu halbieren. 22 Prozent gehen von einer massiven Verteuerung der Stromnutzung aus.

Die Tamedia-Umfrage war am 4. und 5. Mai online. Die bereinigten Daten wurden für die Analyse nach demografischen, geografischen und politischen Variablen gewichtet. Die Resultate der Befragung stützen sich auf 11 490 Teilnehmende aus der ganzen Schweiz. Der maximale Stichproben-Fehlerbereich wird mit plus/minus 1,3 Prozentpunkten angegeben. Für die SRG-Erhebung waren zwischen dem 25. April und 3. Mai 1410 repräsentativ ausgewählte Stimmberechtigte telefonisch befragt worden. Der statistische Unsicherheitsbereich liegt hier bei plus/minus 2,7 Prozentpunkten.

Das Stimmvolk entscheidet am 21. Mai über das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050. SDA